

Bekanntmachung

Zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle

Bezeichnung	Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Vergabemanagement
Postanschrift	Friedrich-Ebert-Str.79/81
Ort	14469 Potsdam
Telefon	+49 331289-0
E-Mail	zentrale-vergabestelle@rathaus.potsdam.de
URL	https://www.potsdam.de/de

Zuschlag erteilende Stelle

die zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen

Elektronisch über diese Vergabepattform: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCR6KQP>
Postalische Angebote oder Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Elektronisch über diese Vergabepattform: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCR6KQP/documents>

Art und Umfang der Leistung

Im Juni 2020 wurde die Verwaltung durch die Stadtverordnetenversammlung (20/SVV/0295) beauftragt, in einem vier Phasen umfassenden Verfahren ein inhaltliches und gestalterisches Konzept für den Bereich des Standortes der ehemaligen Garnisonkirche und des Verwaltungsgebäudes des ehemaligen Rechenzentrums zu erarbeiten. Die ersten beiden Phasen sind abgeschlossen und im Ergebnis der 2. Phase wurde ein inhaltliches Konzept für die Umsetzung eines "Forums an der Plantage" erarbeitet, welches den wiedererrichteten Kirchturm der Garnisonkirche, den Standort des ehemaligen Kirchenschiffs als "Haus der Demokratie" und einen weitgehenden oder vollständigen Erhalt des Rechenzentrums als soziokreatives und gemeinwohlorientiertes Zentrum einbezieht.

Als Nutzungen für das Forum an der Plantage wurden Räume für die Stadtverordnetenversammlung (inklusive Plenarsaal), zusätzliche Flächen für das Potsdam Museum, multifunktionale Räumlichkeiten zur Realisierung eines Geschichts- und Partizipationspfades sowie Flächen für soziokreative Arbeit und Formen der Partizipation vorgeschlagen. Das Rechenzentrum soll dabei weitgehend oder vollständig erhalten bleiben bzw. der Umfang der Fläche des Rechenzentrums, unter Abzug des Teils der sich auf dem Grundstück der Stiftung Garnisonkirche befindet, soll auch künftig für die soziokreative Arbeit und partizipative Beteiligung zur Verfügung stehen.

Der Standort soll stadträumlich-architektonisch und gesellschaftlich eine öffentliche Wirkung entfalten. Es soll ein öffentlicher Begegnungs- und Interaktionsort für die Stadtgesellschaft entstehen.

Diese Idee des "Forums an der Plantage" wurde im Januar 2022 durch die Stadtverordnetenversammlung bestätigt (22/SVV/0071) und gleichzeitig die Verwaltung beauftragt, im Rahmen der 3. Phase eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzung und Konkretisierung dieser Idee zu erarbeiten.

Ziel der Machbarkeitsstudie ist die Erarbeitung eines räumlich-funktionalen, städtebaulichen und rechtskonformen Vorschlags für die Realisierung des Forums an der Plantage.

Die Leistung ist in folgenden fünf (5) Leistungsbausteinen zu erbringen, welche sich jeweils noch in Teilbausteine gliedern.

- 1 Standortprofil / Raum- und Funktionsprogramm
 - 1.1 Bedarfsanalyse, Potentialanalyse und Erarbeitung Standortprofil
 - 1.2 Erarbeitung eines Raum- und Funktionsprogramms (Optional)
 - 1.3 Erarbeitung möglicher Betreibermodelle (Optional)

TW-413-06-24: Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung eines Forums an der Plantage

VO: UVgO

Vergabeart: Verhandlungsvergabe mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb

2 Städtebauliche und rechtliche Rahmenbedingungen

3 Städtebauliches Konzept, ökologische Anforderungen und inhaltlichen Vorgaben für den städtebaulich-architektonischen Wettbewerb (Optional)

3.1 Erarbeitung eines städtebaulichen Konzepts zur baulich-räumlichen Umsetzung und Einbindung in den Stadtraum

3.2 ökologische Vorgaben für den Standort

3.3 Vorgaben für den städtebaulich-architektonischen Wettbewerb

4 Kostenprognose und Zeitplanung (Optional)

4.1 Kostenprognose

4.2 Maßnahmen- und Zeitplanung

5 Abschlussbericht (Optional)

Der Auftraggeber behält sich vor, die Bearbeitung der Machbarkeitsstudie mit Abschluss der Bausteine 1.1 und 2 zu stoppen, sollte sich herausstellen, dass ein gemeinsam getragener Konsens zum Standortprofil sowie den städtebaulichen Empfehlungen nicht erreicht werden kann.

Haupterfüllungsort

Bezeichnung

Landeshauptstadt Potsdam

Ort

Potsdam

Ausführungsfristen

Laufzeit bzw. Dauer

Laufzeit in Monaten

18

Zuschlagskriterien

Kriterium	Gewichtung
Preis	30
Qualität der Grobkonzepte über die Herangehensweise zur Erarbeitung der Machbarkeitsstudie und der durchzuführenden Workshops	40
Erfahrung der Projektleitung und dessen Stellvertretung mit vergleichbaren Projekten	20
Qualifikation und Erfahrung des Projektteams	10

Nebenangebote

Nebenangebote werden nicht zugelassen.

Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose:

Nein

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

(1) Erklärung der Bietergemeinschaft, dass das bezeichnete Mitglied die Bietergemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, das geschäftsführende Mitglied berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen, alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner zu haften, im Vergabeverfahren nicht vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bietergemeinschaft abgegeben wurden (Formular 4.2)

TW-413-06-24: Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung eines Forums an der Plantage

VO: UVgO

Vergabeart: Verhandlungsvergabe mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb

(2) Eigenerklärung über Unteraufträge/Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) (Formular 4.3) (sofern einschlägig). Es sind Angabe zu tätigen, welche Teile des Auftrags das Unternehmen, unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt bzw. welche Kapazitäten anderer Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe beabsichtigt sind in Anspruch zu nehmen.

(3) Verpflichtungserklärung durch Nachunternehmer bzw. bezüglich Eignungsleihe (sofern einschlägig und der Nachunternehmer bzw. das andere Unternehmen bei Angebotsabgabe bereits bekannt ist) (Formular 4.4).

(4) Sofern eine Nachunternehmerschaft vorgenommen wird, sind die diesbezüglichen Eignungsnachweise des Nachunternehmers sowie deren Erklärung zu §§ 123 ff. GWB (Formular 4.1) beizulegen (sofern einschlägig und das Nachunternehmen bei Angebotsabgabe bekannt ist).

Sonstige

(1) Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§123, 124 GWB (Formblatt 4.1)

(2) Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Formblatt 5.3).

(3) ggf. Vereinbarung zwischen dem Bieter/Auftragnehmer/Nachunternehmer/Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmern oder Verleihern zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (Formblatt 5.4).

(4) Verordnung über die bevorzugte Berücksichtigung von Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Förderung von Frauen im Erwerbsleben (Frauenförderverordnung - FrauFöV) (Formblatt 4.14)

(5) § 19 des Mindestlohngesetzes (MiLoG), § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AentG) und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) - Angaben zur Abfrage von Eintragungen aus dem Wettbewerbsregister: Der Auftraggeber wird für den/die Wirtschaftsteilnehmer, auf dessen/deren Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 WRegG bei der Registerbehörde anfordern. Bewerber/Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten haben daher auf Anforderung des Auftraggebers einen vergleichbaren Nachweis nach Maßgabe der Rechtsvorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen.

Der Auftraggeber behält sich vor, für den/die Wirtschaftsteilnehmer, auf dessen/deren Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, zusätzlich einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a Abs. 1 Nr. 4 GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Die vorgenannte Verfahrensweise gilt entsprechend.

(6) Angaben zur Abfrage von Eintragungen aus dem Wettbewerbsregister: Der Auftraggeber wird für den/die Wirtschaftsteilnehmer, auf dessen/deren Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 WRegG bei der Registerbehörde anfordern. Bewerber/Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten haben daher auf Anforderung des Auftraggebers einen vergleichbaren Nachweis nach Maßgabe der Rechtsvorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, für den/die Wirtschaftsteilnehmer, auf dessen/deren Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, zusätzlich einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a Abs. 1 Nr. 4 GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Die vorgenannte Verfahrensweise gilt entsprechend.

Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge 26.03.2024 um 10:00 Uhr

Zusätzliche Angaben

Bekanntmachungs-ID: CXP9YCR6KQP